

Indien: Der Congress tanzt wieder

Die Ära der Hindufundamentalisten in Indien ist vorerst vorbei

von Eberhard Weber

Niemand hatte damit gerechnet. Alle dachten, die Wahlen zum indischen Unterhaus im Mai diesen Jahres seien nur eine Formsache auf dem Weg der regierenden Indischen Volkspartei (BJP), ihre Macht in Indien zu stabilisieren. Premierminister Vajpayee hatte die Wahlen sogar um mehr als ein halbes Jahr vorgezogen, um vom hohen Wirtschaftswachstum und der politischen Annäherung an Pakistan zu profitieren.

Wie schon oft in Indien, kam es dann ganz anders. Die von der hindufundamentalistischen BJP geführte Nationale Demokratische Allianz (NDA) schrumpfte von 275 Sitzen auf 185. Ihr Wahlerfolg von 1999 blieb damit eine einmalige Angelegenheit. Die Congress-geführte Koalition, die sich nach ihrem Wahlsieg Vereinigte Progressive Allianz (UPA) taufte, erreichte hingegen 217 Sitze. Ein ungeheurer und unerwarteter Erfolg für Congress und all die regionalen Parteien, die sich hinter ihrem Rücken versammelt hatten. Überraschend auch das Abschneiden der kommunistischen Parteien: mit über 60 Mandaten konnten sie ihr Ergebnis von 1999 um fast 50 Prozent ausbauen. Auch wenn sie der Koalition nicht beigetreten sind, wird es der neuen Regierung schwer fallen, sie bei wichtigen Entscheidungen zu ignorieren. Seit dieses sensationelle Ergebnis verkündet wurde, mangelt es nicht an Versuchen, die Niederlage der BJP zu erklären. Die Kommentare sprechen von einer »Denkzettel-Wahl«, in der »Indiens Dörfer« und eine »kaum berechenbare Wählerschaft« die BJP-Regierung und ihre Hightech-Gurus abstrafte und sich eben nicht von den Erfolgsmeldungen der Hindufanatiker blenden ließen. Denn während die Metropolen in ihrer Regierungszeit zu glänzen begannen, verharrte das ländliche Indien in bitterster Armut. Tragödien wie die im Warangal-Distrikt des Bundesstaates Andhra Pradesh, wo während der vergangenen fünf Jahre mehr als 600 Baumwollfarmer in den Selbstmord getrieben wurden, wurden zum Symbol einer fortschreitenden Spaltung zwischen dem ländlichen und dem städtischen Indien.

Dabei hatte alles vielversprechend angefangen: mit den neoliberalen Wirtschaftsreformen von 1991, die von der seinerzeitigen Congress-Regierung initiiert wurden, fielen auch die Exportbarrieren für Baumwolle. 1992 verzehnfachten sich die Baumwollexporte aus Indien. Hunderttausende von Landwirten gaben den Nahrungsmittelanbau auf und versuchten ihr Glück mit Baumwolle. In der Hoffnung, von der wirtschaftlichen Aufbruchstimmung profitieren zu können, pachteten sie zusätzliches Land und nahmen hohe Kredite auf. Erst nach und nach wurde vielen klar, auf welch gefährliches Unterfangen sie sich eingelassen hatten. Denn mit den Reformen verschwanden auch die Subventionen: zuerst für Düngemittel, dann für Elektrizität, und schließlich wurden auch die Zinsbegünstigungen für die Landwirtschaft abgeschafft. Zwischen 1996 und 2001 gingen dann die Weltmarktpreise für Baumwolle um mehr als die Hälfte zurück, und die Schuldenfalle schnappte zu.

Der Niedergang der Landwirte in Andhra Pradesh steht symbolisch für das Schicksal vieler Menschen im ländlichen Indien während der vergangenen dreizehn Jahre. Vom Staat haben diese Menschen immer weniger zu erwarten. Seit 1991 wurde immer weniger für ländliche Entwicklung ausgegeben. Auch in anderen sozialen Bereichen sparte der Staat, wo er konnte. Obwohl mehr als ein Drittel aller InderInnen nicht lesen und schreiben können, sind die Bildungsausgaben seit Beginn der Reformen drastisch zurückgegangen. Ähnliche Zustände herrschen im Gesundheitsbereich. Sicherlich hat Indien seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1947 im Vergleich zu vielen anderen Entwicklungsländern große Fortschritte gemacht. Heute wird in Indien so gut wie alles hergestellt: von der einfachen Wasserpumpe bis hin zur

Atombombe. Versäumt wurde allerdings von allem bisherigen Regierungen, die wirtschaftliche Entwicklung sozial abzusichern. Trotz High-Tech, schicker Shopping Malls, Mobile Phones und Weltraumsatelliten leben noch etwa eine halbe Milliarde InderInnen von weniger als umgerechnet einem US-Dollar am Tag. Hunger und bitterste Armut sind im Wirtschaftswunderland Indien auch heute noch die Realität für die Bevölkerungsmehrheit. In dem von sozialen, aber auch ethnischen und religiösen Konflikten geplagten Indien versuchte der Congress als Volkspartei für alle Bevölkerungsgruppen wählbar zu sein. Bis Mitte der 60er Jahre gelang dies, doch danach differenzierte sich die indische Wählerschaft immer mehr. Die Partei reagierte darauf, indem sie sich rhetorisch sich häufig hinter die armen Bevölkerungsgruppen stellte, wie etwa Indira Gandhi in den 70er Jahren. Seit dem Erstarken hindunationalistischer Gruppierungen ab Anfang der 90er Jahre gab sich der Congress auch gern als politische Heimat der rund 150 Millionen Muslime in Indien.

Das Wahlergebnis vom Mai so zu deuten, die Bevölkerungsmehrheit habe den Reformen der letzten Jahre eine Absage erteilt und deshalb Congress gewählt, wäre jedoch nicht gerechtfertigt. Davon könnte man höchstens dann sprechen, wenn sich die Congress-Partei eindeutig gegen die Reformen ausgesprochen hätte. Doch viele der Maßnahmen, die Millionen Landwirte in die Armut trieben, waren ausgerechnet vom neuen Premierminister Manmohan Singh ausgegangen und von der BJP ab 1999 nur fortgeführt worden. Als Finanzminister der Congress-Regierung von 1991 leitete Singh die entscheidende Phase der Liberalisierung ein. Seine erste Amtshandlung damals war die Abschaffung der Düngemittelsubventionen. Es spricht wenig dafür, dass er sein wirtschaftspolitisches Credo inzwischen aufgegeben hat.

Wie wird es in Indien nun weitergehen? Singh kündigte einen »New Deal« für Indiens Landwirtschaft an. Dabei stellte er die Ausweitung staatlicher Investitionen für ländliche Entwicklung in Aussicht. Kurzfristig müsse es jedoch darum gehen, den hoch verschuldeten Landwirten zu helfen. Als Glanzstück des »Common Minimum Programms« (CMP), hinter dem die Regierungskoalition und die kommunistischen Parteien stehen, gilt jedoch die Einführung eines ›Rechts auf Arbeit‹: Hundert Tage im Jahr soll ein Angehöriger eines ländlichen Haushaltes unterhalb der Armutsgrenze Beschäftigung in einer staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahme finden - Sozialhilfe auf indisch. Im Großen und Ganzen wird die Congress-geführte Regierung an der Wirtschaftspolitik der BJP festhalten. In wie weit dabei die Belange ärmerer Bevölkerungsgruppen Berücksichtigung finden, hängt nicht zuletzt davon ab, wie die kommunistischen Parteien sich behaupten können. Entscheidend wird aber auch sein, wie viel Geld Premierminister Singh überhaupt noch zu verteilen hat, wenn die Geschenke seiner Regierung an die Mittelschichten und Privatindustrie ausgegeben wurden.

Dass durch die neue Regierung eine Epoche von Reformen mit menschlichen Antlitz in die Wege geleitet wird, muss bezweifelt werden. Um die indischen Aktionäre nicht zu verunsichern, haben Singh sowie sein Weggefährte von 1991 und heutiger Finanzminister Chidambaram bereits mehrmals geschworen, dass die Regierung an den Wirtschaftsreformen festhalten wird und die dazu notwendige strenge Haushaltsdisziplin einhalten werde. Die große Freude vieler InderInnen über den unerwarteten Wahlsieg wird daher schon bald im Dunst der Vergangenheit verschwinden, und Positionskämpfe zwischen der Congress-Partei und ihrer Verbündeten werden das politische Alltagsgeschäft bestimmen. Es wäre wenig überraschend, wenn die Congress-geführte Regierung daran schon vor Ablauf ihrer fünfjährigen Amtszeit zerbricht. Und die BJP? Die Tage des vergleichsweise moderaten Vajpayee sind gezählt. Hardliner wie L.K. Advani, nun Oppositionsführer im neu gewählten Parlament, werden in Zukunft wieder größeren Einfluss in der BJP haben. So war Advani auch gleich zur Stelle, um den Grund für die Niederlage Vajpayees zu identifizieren: das Abweichen vom eigentlichen Ziel, der Errichtung eines Hindustaaes in Indien, habe der BJP den Sieg gekostet. Mit dieser Politik hatte die Partei ihren Siegeszug angetreten. Aus einer Splitterpartei, die 1984 gerade mal zwei Mandate erringen konnte, war 1999 die stärkste politische Macht in Indien geworden. Vor diesem Hintergrund ist zu befürchten, dass die BJP ihr Heil wieder verstärkt in religiösem Hass suchen wird, zumal sie sich in anderen Politikbereichen kaum von der

Congress-Partei unterscheidet. Indien stehen nicht nur wirtschaftlich und sozial, sondern auch innenpolitisch harte Zeiten ins Haus.

Eberhard Weber ist Senior Lecturer an der University of the South Pacific in Suva (Fidschi) und hat mehrere Jahre in Indien gelebt. Erschienen in: iz3w 278/279, Freiburg 2004